

# Fünföble Jahre für EU, aber keine Alternative für Briten

Schlechte Nachrichten für Europa: David Camerons Rede verheißt Unruhe. Die Briten werden aber, in einigen Jahren vor die Wahl gestellt, nicht für den Austritt aus der EU stimmen – schon aus Eigennutz.

Timothy Garton Ash

Europa wird weitere fünf Jahre in Aufruhr sein. Während Deutschland, Frankreich und andere ein stärkeres Kerneuropa um die Eurozone schaffen wollen, werden David Camerons Konservative, falls sie 2015 wieder an die Regierung kommen, versuchen, Großbritanniens Mitgliedschaft im EU-Klub neu zu verhandeln und die neuen Vereinbarungen dem britischen Volk gegen Ende 2017 in einem „Rein-oder-raus-Referendum“ vorlegen.

Die Welt ist gewarnt! Europa, ein wirtschaftlicher Riese? Ja, immer noch. Europa, starke Kraft in einer multipolaren Welt? Verschoben auf den Sankt-Nimmerleins-Tag.

Es hätte noch viel schlimmer sein können. Als Proeuropäer, der verlangt hat, dass Großbritannien ein „Rein-oder-raus-Referendum“ abhalten soll, wenn die neue Gestalt der Eurozone und die Ergebnisse der versuchten Neuverhandlung der britischen Mitgliedsbedingungen bekannt sind, kann ich mich kaum beschweren, wenn der britische Premierminister genau das unterstützt. Ein Großteil der Rede wurde offensichtlich geschrieben, um Euroskeptiker zu beruhigen, doch einige seiner Kritikpunkte an der heutigen EU sind gerechtfertigt.

Vor allem war das Schlusswort ein klares und kraftvolles Argument für Großbritanniens Verbleib in der EU. Diese letzten Minuten bestätigten mich in der Annahme: Wenn der Tag gekommen ist, werden die Briten dafür stimmen, in der EU zu bleiben.



Unter neuen Bedingungen drinnen sein oder rausgehen: Großbritanniens Premier David Cameron warb am Donnerstag in Davos für ein neues Europa. Die Frage ist: Hat Großbritannien Alternativen zur EU? Fotos: AP



Doch sie bestätigten auch die Vergeblichkeit seiner gesamten Strategie. Die grundlegenden Argumente, dass es im nationalem Interesse Großbritanniens liegt, in der EU zu bleiben, sind wahr, wie armselig die Ergebnisse einer formellen Neuverhandlung nach 2015 auch sind. Da Europa ständig neu verhandelt wird, würde Großbritannien mit einem besseren Angebot rechnen können, wenn es voll integriert und sichtbar engagiert bleibt.

Wenn andere EU-Staaten in nichts anderem übereinstimmen, dann in diesem: Großbritannien sollten keine großen neuen Ausnahmen gewährt werden. Jetzt werden sie noch weniger zugestehen. Im Bridge-Spiel hätte Cameron gerade sein stärkstes Ass weggeworfen: die glaubwürdige Drohung mit Großbritanniens Austritt.

Das ist auch für Europa schlecht. Einige der guten Reformen, die Cameron jetzt predigt, werden noch unwahrscheinlicher, da die Partner annehmen, in allem, was er sage, kämpfe er für Großbritannien, nicht für Europa. In einem seltenen, aufschluss-

reichen Stolpern leistete sich der sonst ausgezeichnete Redner einen Freud'schen Versprecher: Als er für seine bevorzugte Option eines neuen Reformvertrags für die gesamte EU warb, sprach er von einem „neuen Vertrag für uns ... (Pause) ... alle“. So meint er es wirklich, glauben die meisten Kontinentaleuropäer.

Und obwohl es für Europa besser gewesen wäre, ohne die Betonung der Kernprobleme des gesamten Projekts weiterzumachen, wäre ein Referendum früher oder später sowieso gekommen. Ein Sprichwort sagt: Wir müssen diese Kröte schlucken.

Indes wird sich die Welt durch fünf weitere Jahre der Unklarheit schleppen, wird sich mit Europa befassen, wie sie es findet: ein wirtschaftlicher Riese, politisch eine Hydra.

Camerons Rede in Mumbai zu hören ist eine besonders surreale Erfahrung. Hier in Indien hört man von einer Vorliebe für London als Ort zu leben und Geschäfte zu machen, von Bewunderung für britische Universitäten (wenn das scheußliche Studentenvirus der Cameron-Regierung nicht ver-

hindert, dass die Kinder dort studieren), einiger Bindung an britische Traditionen der Literatur, einer guten Regierung und gutem Recht. Überhaupt kein Echo findet die neue Tory-Idee, dass eine „besondere Beziehung“ zwischen Großbritannien und Indien, Großbritannien und dem ganzen Commonwealth, irgendein Ersatz für Großbritanniens Platz in Europa sein könnte, oder Indiens Verhältnis zu Europa als Ganzes. Indien verfolgt wie Großbritannien seine eigenen nationalen Interessen, zuallererst in der Nachbarschaft. Wenn Cameron das noch nicht weiß, wird es es bei seinem nächsten Besuch hier hören.

Was bleibt: Obwohl Großbritannien ein Schatten seines einstigen imperialen Selbst ist, hat das Land einzigartige Beziehungen zu Europa, in die USA, zum Rest der englischsprachigen Welt und einigen weiteren Orten (z. B. in Lateinamerika). Es hat alle Trümpfe in der Hand. Welcher Idiot würde seine stärkste Spielfarbe wegwerfen? Und wir Briten sind keine Idioten. Oder nicht?

TIMOTHY GARTON ASH ist Schriftsteller, Historiker und Professor für europäische Studien in Oxford. ©Project syndicate 2013, gekürzt aus dem Englischen



Timothy Garton Ash: Briten werden in EU bleiben.

Foto: Fischer

GÜNTER TRAXLER

## Unter Parteisolddaten



Etliche Medien glaubten nach dem 20. Jänner in der Kanzlerpartei so etwas wie Unruhe erkennen zu können. Die Kronen Zei-

tung wollte sogar wissen, „es brodelt in der SPÖ“, was diesen publizistischen Urquell allen Gebrodels in seiner Rolle als volksnaher Weichensteller österreichischer Geschichte aufs Neue bestätigt. Aber solange die spirituelle Einheit von Partei und Boulevard in Stein gemeißelt bleibt, besteht nicht der geringste Grund zur Aufregung. Im Gegenteil. Die Souveränität, mit der der Wiener Bürgermeister den undisziplinierten Parteisolddaten aus St. Pölten zum Rapport kommandierte, dem es nicht gefiel, wie Michael Häupl seinem Freund Erwin Pröll vor der Wahl in Niederösterreich volksbefragungsmäßig den Rücken stärkte, verdient Lob. Wo käme die SPÖ hin, ließe man die Insubordination niedriger Chargen einreißen?

In der roten Armee braver Parteisolddaten muss man schon den Rang eines Landeshauptmannes oder einer Landeshauptfrau bekleiden, um leise Zweifel an der genialen, in einer langen Serie von Niederlagen bestätigten Strategie der obersten Führung anmelden zu dürfen. Gern gesehen wurde auch das nicht, denn es störte die Kranzniederlegung am Denkmal des bekannten Parteisolddaten Norbert Darabos, dessen Bravheit mangels eines inversen Maria-Theresien-Ordens höchstens per Victor-Adler-Medaille mit Immergrün und roten Nelken gerecht zu würdigen wäre.

Viel mehr Sorgen müsste sich Vizekanzler Spindelegger machen, wurde doch die SPÖ in ihrer vormaligen Meinung

zur Wehrpflicht vom Volk überzeugend bestätigt, während die ÖVP mit ihrer vormaligen Meinung zum Berufsheer eine deutliche Abfuhr erlitten hat. Sie hat nicht begriffen, was man auf dem Feldherrenhügel Löwelstraße im kleinen Finger hat – den Unterschied zwischen langfristiger Strategie und kurzatmiger Taktik. Umso schlimmer für die Volkspartei, dass sie diesem Versagen in monolithischer Geschlossenheit erlag, zumindest nach außen hin.

Warum also sollte bei dem Zauber der Demontage, den die SPÖ nicht erst seit Sonntag ausstrahlt, irgendjemand an deren Führung zweifeln? Dass sie zu ihrer vorläufig letzten Meinung vom befragten Volk die falsche Antwort erhalten hat – an ihr lag es nicht. Im Wissen, dass Kriegführen Geld kostet, hat sie genug Steuergeld in den Boulevard geschaufelt. Wenn der dann nicht instand ist, der Bevölkerung die Antwort zu entlocken, die sie im Nationalratswahlkampf gern als Waffe eingesetzt hätte, muss man kein braver Parteisolddat sein, um ihr jeden Vorwurf zu ersparen. Was sich schon einmal als Rohrkrepiere erwiesen hat, hätte sich diesmal zur Rakete mausern können, wäre nicht eingetreten, was niemand vorhersehen konnte: Diese teuflische Verschwörung der Alten gegen die Jungen, angeführt vom Verschwörer in der Präsidentschaftskanzlei. Zwar konnte niemand in der SPÖ ahnen, dass es in Österreich mehr ältere als junge Menschen gibt, aber den Ruhm, Partei der Jugend zu sein, hat sie der ÖVP nun voraus.

Sollte das nicht bis zum Herbst reichen, gibt es immer noch den alten Vorschlag, sich ein anderes Volk zu suchen – über dem sich die Führung in Ruhe entfalten kann.

## Graz, Stadt der Wohlfühlpolitik

Abschied nehmen von jedem Gestaltungswillen



Christian Fleck

Graz macht jenseits der Landesgrenzen selten Schlagzeilen. Und wenn, dann scheinen die Anlässe nichts miteinander zu tun zu haben: Die KPÖ wurde bei den Gemeinderatswahlen zweitstärkste Partei. Der Verfassungsgeschichtshof hob das Bettelverbot auf. Drei Gemeinderatsfraktionen einigen sich auf ein Arbeitsprogramm, doch die SPÖ will keinen Pakt mit der FPÖ schließen, und einem Professor für Musikwissenschaft droht ein Disziplinarverfahren, weil er seine Gedanken auf der offiziellen Website der Uni Graz online stellte.

Alle diese Episoden verweisen auf ein vielleicht nicht ganz neues, aber doch eigenartiges Politikverständnis. Jeder fünfte Grazer Wähler votierte für die Kommunisten, nicht wegen ihres Lobs des Weltkommunismus, sondern weil die KP-Mandatare einen Teil ihrer Bezüge in einen Fonds einzahlen, aus dem Renovierungen von Badezimmern finanziert werden und die Spitzenkandidatin so viel Gutes tut. Dass diese Partei sich seit Jahren weigert, auch nur bei irgendeinem kommunalen Streitthema Position zu beziehen, stört die Unterstützer nicht. Menschelnde Wohlfühlpolitik tritt an die Stelle politischer Kontroversen. Politik, verstanden als Streit rivalisierender Vorschläge, wie das Zusammenleben durch Gesetze gestaltet werden soll, zwischen denen, horribile dictu, ein Kompromiss gefunden werden muss, meiden die Kommunisten und erhalten Applaus.

Ganz ähnlich bei den Bettlern. Seit der Öffnung der Ostgrenzen bevölkern täglich tanzende die Innenstadt, unterstützt von einem Pfarrer, der allen zeigen will, dass

es ihnen (zu) gut geht, während andere darben. Die eine Hälfte der Bevölkerung ärgert sich, wählt ÖVP und FPÖ, und die andere spendet ein paar Euro; viele Grazer haben mittlerweile ihren persönlichen Bettler. Ebenso lang, wie über darüber diskutiert wird, ob die kargen Einnahmen nicht abends jemandem im dicken Mercedes abgeliefert werden, also zwei Jahrzehnte lang, sind alle einig, dass durch das Betteln die Lebenslage dieser slowakischen, rumänischen, bulgarischen Roma nicht wirklich verbessert wird. Politik, verstanden als Gestaltung der sozialen und ökonomischen Randbedingungen, kann hier schon deswegen nicht stattfinden, weil kein Gemeinderat über die Möglichkeiten verfügt.

Eine Dosis Moral

Zur Wohlfühlpolitik gehört, sich regelmäßig einen „Moralischen“ zu verabreichen, der nichts an den Verhältnissen ändert, einem auch nicht wirklich wehtut, einen aber zumindest (gut katholisch) seiner Sündhaftigkeit überführt.

In einem Umfeld, in dem (in homöopathischen Dosen verabreichte) Erschütterungen der eigenen moralischen Befindlichkeit an die Stelle des Problemlösens getreten sind, will eine Partei, die von den meisten ihrer Wähler verlassen wurde (die SPÖ erhielt gerade noch 15 gegenüber 30 Prozent 1998), nicht mehr öffentlich eingestehen, was zum Wesen von Politik gehört: einen Kompromiss geschlossen zu haben. Die ÖVP unterzeichnete separate, aber inhaltlich identische Abkommen mit FPÖ und SPÖ. Von Kommunisten zu lernen heißt heute „Koalitionen“ meiden, da das Publikum Mehrdeutigkeit nicht schätzt. Auch die Funktionäre des uni-

versitären Elfenbeinturms wollen sich dieser Wohlfühlpolitik nicht verschließen. Der Besinnungsaufsatz eines Musikwissenschaftlers – wann ist die Todesstrafe berechtigt? – habe zu einer „massiven Schädigung des Ansehens der Universität“ geführt. In einem krausen Pamphlet hatte sich dessen Autor darüber verbreitet, ob denn nicht für Untaten bestimmter Größe die Todesstrafe angemessen sei. Dieselbe Uni, die nichts dabei fand, einen Hörsaal nach einem steirischen Altstalinisten zu benennen sorgte sich um ihre „positive Positionierung in Fragen der Menschenrechte“ und leitet ein Disziplinarverfahren ein. Während man meinen sollte, das Menschenrecht der freien Meinungsäußerung berechtigte jemanden auch, offenkundig unausgegorenen Blödsinn zu schreiben, reicht eine Handvoll Protestmails, um die Uni-Leitung in Panik zu versetzen.

Wohlfühlpolitik ist die Pflege eines vagen moralischen Einvernehmens. Applaudiert wird Nebensächlichem, wie dem Spenden von Politikergagen. Politische Kontroversen und das Eintreten für Maßnahmen, die nicht die Zustimmung aller bekommen, liegen außerhalb des Konsenses.

In einer Demokratie heißt Politik allemal das Ausloten von Kompromissen und endet bei der Zumutung, es nicht allen recht gemacht zu haben. Wohlfühlpolitik unterläuft diese Konfliktkonstellation zugunsten der Herstellung der höchsten gemeinsam empfundenen Zufriedenheit über die größte Zahl unbedeutender Handlungen von Akteuren, die ihre Rolle als Gewährte nicht wahrnehmen wollen.

CHRISTIAN FLECK lehrt Soziologie an der Universität Graz. F.: Mediendienst/Furgler